

Pfleiderer-Areal – Anfrage der Grünen beim Landratsamt

Der Ortsverband Murgtal von Bündnis 90/Die Grünen reichte aufgrund neuer Erkenntnisse aus dem Gutachten des Ökoinstituts und der daraus resultierenden Diskussion im Gernsbacher Gemeinderat dem Landratsamt einen Fragenkatalog über das Pfleiderer- Areal ein.

Irritiert zieht der Ortsverband aus den Antworten das Fazit, das sich die zuständige Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes hinter dem Sanierungsvertrag mit der Firma Pfleiderer zu verstecken scheint, denn einerseits erweckt das Schreiben vom Landratsamt den Eindruck, dass die Erkenntnisse aus dem Ökogutachten nahezu ignoriert werden und dass andererseits die Geländesituation mit dem Abschluss des Vertrages scheinbar zementiert ist.

So wurde beispielsweise von der zuständigen Behörde auf die vom Ortsverband gestellte Frage zum Zustand der Oberflächenversiegelung des Bodens geantwortet, dass "hinsichtlich der Geländesituation seit Sanierungsbeginn keine signifikanten Veränderungen zu verzeichnen" seien. Tatsächlich aber ist diese Versiegelung nach dem Gutachten des Ökoinstituts nicht mehr gegeben. Denn nach Überzeugung des Instituts ist genau die 2005 festgestellte Versiegelung des Geländes sehr wohl in einen Zustand, der keine Garantie für eine gesicherte Gefahrenabwehr darstellt. Dies würde nach dem bestehenden Sanierungsvertrag zumindest eine Überprüfung und einen angepassten Handlungsbedarf erfordern. Wird somit nicht die Situation ignoriert, dass die Bodenvergiftung des Areals nach wie vor eine ernsthafte Gefahr für die Umwelt darstellt?

Zudem verweist das Landratsamt bei Fragen der Sanierungskosten im Falle einer kompletten Dekontamination des Geländes stets auf die Zuständigkeiten des Investors, dies obwohl eine Komplettsanierung auf Grund der Kosten von dessen Seite nicht geleistet werden wird.

Um überhaupt einen Investor zu interessieren, wird eine Deckelung des verseuchten Areals und eine Spundlösung als Kompromisslösung akzeptiert. Damit ist jedoch verbunden, dass nicht alle Nutzungsmöglichkeiten für dieses Gelände wie zum Beispiel Wohnen möglich sind. Hier ist die Stadt Gernsbach in der Pflicht, sich alle Optionen für eine städtebaulich attraktive Lösung offen zu halten, denn der Stadt obliegt die Planungshoheit.

Außer Acht gelassen wird hierbei auch die Möglichkeit, durch innovative Projekte, sogenannte Leuchtturm-Projekte, finanzielle Förderung zu erzielen. Aber eine solche Überprüfung bedürfte des politischen Willens der Stadt.

"Die Argumentationsstrategie des Landratsamtes scheint auf Ignoranz gegenüber der veränderten Situation des Geländes zu beruhen und es wird versucht, die Verantwortung von sich zu weisen", so Eric Peplau, Sprecher des Ortsverbandes. Das Landratsamt untermauert somit eine städtebaulich fatale Lösung und handelt damit gegenüber den tatsächlichen Problemstellungen ähnlich kurzsichtig und phantasielos wie die Stadt Gernsbach.

Die bisher angedachte Lösung, die nach unserer Erkenntnis die Stadt Gernsbach, die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes und einen potentiellen Investor zufrieden zu stellen scheint, ist insofern inakzeptabel, als dass sie die Chance auf eine zukunftsweisende, wohnraumschaffende städtebauliche Lösung verschenkt. Die beiden Ortsverbandssprecher Beate Benning-Gross und Eric Peplau wünschen sich für ein solch herausragendes Areal eine phantasievollere Lösung, ein über die Region hinausragendes Projekt. Dazu aber braucht es einen neuen Sanierungsvertrag, der alle Nutzungsvarianten erlaubt und transparent verhandelt wird.

Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Murgtal vom 21.05.2017